

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Dresden, Poststr. 11
Telefon: 2311
Schlesische Str. 11
Dresden - K. 1, Marienstraße 21/22

Druckpreis: 10 Pf. (einschl. 3 Pf. für den
Postzuschlag) bei monatlicher Lieferung monatlich 2.50 RM. (einschl. 10 Pf. für den
Postzuschlag) bei halbjährlicher Lieferung halbjährlich 12.50 RM. (einschl. 50 Pf. für den
Postzuschlag) bei jährlicher Lieferung jährlich 25.00 RM. (einschl. 1.00 RM. für den
Postzuschlag) bei vierteljährlicher Lieferung vierteljährlich 6.25 RM. (einschl. 25 Pf. für den
Postzuschlag) bei wöchentlicher Lieferung wöchentlich 1.25 RM. (einschl. 5 Pf. für den
Postzuschlag) bei täglicher Lieferung täglich 25 Pf. (einschl. 1 Pf. für den Postzuschlag)

Druck v. Verlag: Neudruck & Verlags-
Anstalt, Dresden, Poststr. 11, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig, Unverlangte
Abdrucke werden nicht aufbewahrt

Monarchistische Bestrebungen in Bayern

Erklärungen des Bauernführers Heim

London, 27. Juni. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Express“ hat der Bauernführer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, unter anderem ausgeführt:

Jeder Feind könne jetzt der Tag kommen, an dem Kronprinz Rupprecht zum König von Bayern ausgerufen werde.

Dies sei nicht nur die Meinung der großen Mehrheit des bayerischen Volkes, sondern er habe guten Grund, zu glauben, daß sie auch von der gegenwärtigen bayerischen Regierung geteilt werde. 75 v. H. der bayerischen Bevölkerung würden sofort die Wiederaufnahme der alten bayerischen Monarchie unterstützen. Die Weimarer Verfassung ist tot; wir warten nur noch auf die Stunde ihres Begräbnisses. Die Wiedereinführung der Monarchie bedeute allerdings nicht die Trennung Bayerns vom Reich. Alles, was Bayern verlange, sei ein treues Glied des Reiches zu bleiben. Bayern müsse aber das Recht zu einer von den anderen deutschen Staaten unabhängigen Verfassung haben. Wir wollen einen König als Herrscher, anstatt eines republikanischen Präsidenten, weil wir glauben, daß ein Monarch, der durch die Bande des Blutes mit seinem Lande verbunden ist, der beste Herrscher für einen Staat in diesen schweren Zeiten ist.

Die Frage des Berichterstatters, ob die Verbeiführung einer absoluten Monarchie mit parlamentarischen Voll-

machten gewünscht werde, wurde von Heim verneint. Die bayerischen Könige seien immer demokratische Könige gewesen, die von ihrem Volke geliebt worden seien. Die Monarchie werde von einem Zweikammerparlament unterstützt werden.

Dies sei alles bereits ausgearbeitet worden.

Das Oberhaus werde aus vom König ernannten Mitgliedern zusammengesetzt sein, und zwar aus einflussreichen Industriellen, Universitäts- und Kirchenvertretern, sowie gewählten Vertretern verschiedener öffentlicher Körperschaften, Handelsverbände, Gewerkschaften usw. Das Unterhaus werde nach denselben Richtlinien wie der jetzige Bayerische Landtag gewählt werden, mit der Ausnahme, daß das Wahlrecht eingeschränkt werde.

Heim erklärte ferner, er glaube, daß die Stunde kommen werde, wo der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zum offenen Ausbruch komme. Bayern werde sich dann nach einem König umsehen, der es in dem Kampf um die Wahrung der bayerischen Rechte gegen die allgemeine deutsche Unordnung, die die Reichsregierung Bayern aufzwingen wolle, führen werde. Wir wünschen keinen Kampf, aber wenn uns ein Kampf ausgezwungen wird, dann sind wir bereit dazu.

Die Verantwortung für die richtige Wiedergabe der Meinungen Dr. Heims muß dem „Daily Express“ überlassen werden.

Der innerbayerische Konflikt

Nationalsozialistischer Abgeordneter zieht seine Unterschrift für bayerische Schuldenpapiere zurück

München, 27. Juni. Der nationalsozialistische Abgeordnete Reichsdirektor Wagner (München) hat an den Präsidenten der bayerischen Staatsschuldenverwaltung ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er die gegebene Ermächtigung zur Benutzung des Reichszeichens seiner Unterschrift für Zwecke der bayerischen Staatsschuldenverwaltung zurückziehe und daß eine Unterschriftsleistung seinerseits bis auf weiteres nicht mehr zu erwarten sei. Diese Stellungnahme gelte für die ganze Dauer der Zeit, in der er vom Präsidenten des Bayerischen Landtages und der Majorität des Bayerischen Landtages verhindert werde, seine sonstigen Rechte und Pflichten als Abgeordneter auszuüben.

In der Begründung zu seinem Schreiben macht Abgeordneter Wagner darauf aufmerksam, daß die Schuldenverpflichtungen des Staates die Unterschriften der Landtagskommissare tragen müßten, um rechtskräftig zu sein. Von großer Bedeutung werde die Frage dann, wenn es sich um die Abdeckung von Auslandsverpflichtungen handle. Die Bayerische Volkspartei werde seinen Mühen, wie sie die Schwierigkeiten, die durch ihre Schuld entstanden seien, meistere. Wagner hebt noch hervor, daß die einmal gestellten Kommissare für die Dauer des gegenwärtigen Landtages unabsetzbar seien.

Straßer antwortet den Sozialdemokraten

Berlin, 27. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. meldet, ist bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jetzt ein Antwortschreiben des Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, Abg. Straßer (N.S.D.), zu dem Antrag auf Einberufung dieses Ueberwachungsausschusses eingegangen. Straßer teilt in dem Schreiben mit, daß er sich auf Grund des sozialdemokratischen Antrags mit den übrigen Mitgliedern des Ausschusses ins Benehmen gesetzt habe, da nach dem ihm vorliegenden Antrags auf Einberufung des Ueberwachungsausschusses eine Mehrheit hierfür noch nicht vorzuliegen scheint. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß dem Abg. Straßer bei der Abfassung seiner Antwort noch nicht bekannt war, daß auch die Zentrumsfraktion des Reichstags für Einberufung des Ueberwachungsausschusses ist, womit eine Mehrheit gegeben erschiene.

Sindenburgs Antwort an Heide

Berlin, 27. Juni. Der Brief der bayerischen Staatsregierung an den Reichspräsidenten ist vom Reichspräsidenten sofort beantwortet worden. Nach Mitteilung aus Kreisen der Reichsregierung besteht nicht die Absicht, den Inhalt des Briefes zu veröffentlichen.

Katholische Kundgebungen in Ulster

London, 27. Juni. In Ulster (Nordirland) kam es am Sonntag in Verbindung mit katholischen Kundgebungen verschiedentlich zu schweren Unruhen. Auf Teilnehmer am Eucharistischen Kongress, die mit Sonderzügen zu der großen Schlußfeier nach Dublin abreisten. In Balymena hatte sich bereits vor Winternacht am Sonnabendabend eine Menge von mehreren hundert Anhängern der Orangepartei eingefunden, die Parteileiter langten und Beleidigungen gegen den Papst ausriefen. Als die etwa 300 Teilnehmer des Eucharistischen Kongresses erschienen, wurden sie mit Fliesen und Steinen beworfen. Mehrere Personen wurden schwer mißhandelt. Einige Frauen wurden zu Boden gestoßen. Die Unruhen nahmen auf dem Bahnsteig ihren Fortgang, als der Zug abfuhr. Die Menge verschmetterte die Fenster der Eisenbahnwagen mit großen Steinen, wodurch weitere Personen verletzt wurden.

Der frühere volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann ist am Montagvormittag in Berlin gestorben.

Eine Warnung an die Linkspresse

Die Reichsregierung greift ein
Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Juni. Die Reichsregierung hat seit ihrer Bildung in der Pressepolitik eine große Zurückhaltung bewahrt, die ihr allerdings von der Linkspresse abgelehnt worden ist. Ursprünglich wollte der Reichsinnenminister das Maß von Eingriffen in die Pressefreiheit, das unter der Regierung Brüning außerordentlich groß geworden war, auf ein Minimum beschränken. Es besteht nicht mehr die Gefahr, bei jeder Kleinigkeit mit Auflagen nachzugehen und Verbote zu erlassen. Da aber die Linkspresse sich dieser Beschränkung bediente, um eine jedes Maß übersteigende Dreye zu eröffnen.

Nicht sich legt die Reichsregierung gezwungen, ebenfalls durchzugreifen.

Insbesondere die ausländische Wirkung tendenziöser und sensationeller Aufgemachter Halbschmelzungen für Deutschland außerordentlich ungünstig ist. Insbesondere der Konflikt mit Bayern ist von der Linkspresse in einer unverantwortlichen Weise aufgebauscht worden. Leute, die seit Jahr und Tag für den Zentralismus und Unitarismus eingetreten waren, entdeckten plötzlich aus parteipolitischen Gründen ihr föderalistisches Herz und füllten ihre Blätter mit Nachrichten, die denjenigen, der die wirklichen Verhältnisse nicht kennt, zu der Annahme führen müßten, daß sich das Deutsche Reich im Stadium der Auflösung befinde und Bayern binnen kurzem aus dem Reichverband auscheiden würde. Wie schädlich eine solche verantwortungslos propagandistische Propaganda bei den schweren außenpolitischen Entscheidungen in Lausanne wirken mußte, dürfte der Reichskanzler bei seinem Aufenthalt in Berlin in der Radikalisierung mitgeteilt haben. Infolgedessen hat man sich jetzt zu härteren Maßnahmen entschlossen und einem der schlimmsten Sensationsorgane auf diesem Gebiet.

Der „V. am Mittag“ eine Aufklammerung angezwungen.

Die für Organe dieser Art in Zukunft eine Lehre sein soll. Am Sonnabend hatte nämlich die „V.“ einen Bericht über die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten vor dem Landtag unter folgenden irreführenden Überschriften veröffentlicht: „Bayern appelliert an den Reichspräsidenten“. Die Gefahr eines Umsturzes, der das Reich tödlich treffen könnte! „Daher sensationelle Erklärung!“

Außerdem wurde durch Weglassungen im Text der Eindruck erweckt, als handele es sich um eine bayerische Aktion, die von unabsehbaren Folgen für das Reich sein würde. Diese Sensationsmacherei wird jetzt richtiggestellt. Die „V.“ muß eine Verlautbarung veröffentlicht, in der die folgenden Punkte beinhalten: „Die Form der Erklärung legt die Verantwortlichkeit fort, mit der die „V.“ schon am Tage vorher durch die tendenziöse, nach dem Inhalt des eigenen Berichtes durch nichts begründete Schlüsselsätze, Ausnahmestellung in Bayern?“ begonnen hatte. Die Zusammenstellung und Aufmachung der Überschriften muß den Eindruck erwecken, als ob nach Ansicht der bayerischen Regierung die Politik der Reichsregierung zu einem für das Reich tödlichen Umsturz führen würde und als ob deswegen der bayerische Ministerpräsident in einer sensationellen Erklärung das Eingreifen des Reichspräsidenten erbeten habe.

Dies steht mit den Tatsachen in offenem Widerspruch. Von der Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes als Folge

der Maßnahmen der Reichsregierung könne selbstverständlich keine Rede sein. Der bayerische Ministerpräsident habe dies auch nicht gesagt. Die Meldung erwecke ferner durch die sensationelle Aufmachung und besonders durch Weglassung wichtiger Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten, sowie durch Hervorhebung anderer Stellen, die sich mit dem Wortlaut seiner Erklärung nicht decken, den Eindruck, als ob die bayerische Regierung unter allen Umständen den zur Zeit bestehenden Rechtszustand aufrechterhalte und die von der Reichsregierung beabsichtigte Wenderung des Rechtszustandes nicht annehme werde. Dazu müsse festgestellt werden:

Nach dem genannten Wortlaut der Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten besteht kein Zweifel daran, daß Bayern sich, wie immer auch die Entscheidung der Reichsregierung ausfallen wird (diese Worte sind in der „V.“ weggelassen), bei der Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Ordnung loyal, im Rahmen der Reichsverfassung und des Reichsrechts halten wird.“

Es steht hiernach einwandfrei fest, schließt die Regierungsvorlautbarung, daß die sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung in der Frage der Zweckmäßigkeit eines allgemeinen Uniform- und Demonstrationsverbotes bestehen, auf dem Boden des Rechts ohne irgendwelche sensationellen Schritte geregelt werden. Die Reichsregierung müsse nachdrücklich Verwahrung dagegen einlegen, wenn durch sinnentstellende Aufmachung und Wiedergabe von Nachrichten Verunsicherung in der Bevölkerung getragen wird. In einer Zeit, in der für Deutschland lebenswichtige außenpolitische Verhandlungen ein Zurücktreten aller innenpolitischen Gegensätze fordern, ist es besondere Pflicht der verantwortungsbewußten Presse, ihre Veröffentlichungen jeden sensationellen Charakters zu entziehen, die unter Entstellung der Tatsachen zu einer Verschärfung der Gegensätze führen müssen.

Sichere überfallen deutsche Turner

Das blutige Turnfest in Dux

Prag, 27. Juni. Anlässlich des Deutschen Gaudiumtages in Dux (Mordb.) kam es während des Fackelauges zu schweren Angriffen tschechischer Jugender, die sich bei dem tschechischen Sokolhaus versammelt hatten und gegen die deutschen Turner mit Messern, Schlagringen und Stöcken vorgehen.

20 Turner wurden verletzt, drei von ihnen schwer.

Wie das Prager „Montagsblatt“ meldet, wurde festgestellt, daß der Angriff, an dem sich auch tschechische Frauen beteiligten, planmäßig vorbereitet war. So waren zum Beispiel die Mannheime am Marktplatz mit Benzol überstrichen worden, um durch die beim Angriff auf Boden geworfenen Fackeln und das daraus entstehende Feuer den Turnern den Weg auf die Gasse abzuschneiden. Deutsche Parlamentarier, die bei den Bezirksbehörden gegen die Störung des amtl. in der subden-

deutschen Stadt bewilligten Festes einschritten, wurden von der tschechischen Menge auf dem Heimweg angegriffen.

Der Bürgermeister wurde belächelt und beschimpft

So daß er und die Parlamentarier von der Gendarmarie geschützt werden mußten. Zwei Personen wurden verhaftet. Die ausländischen Turner wurden nach vorzeitigem Abbruch der Turnvorführungen unter Gendarmenbegleitung zur Bahn begleitet. Die tschechische Angriffsmenge hatte sich aus dem umliegenden Ortsschloß auf dem Weg zum Festplatz.

Abfahrt der deutschen Kriegsschiffe aus Danzig

Danzig, 27. Juni. Das deutsche Linienschiff „Schlesien“ sowie die Torpedoboote „T 100“ und „G 10“ haben nach fünfstündigem Besuch am Montagvormittag unter lebhaften Abschiedskundgebungen der Bevölkerung den Danziger Hafen wieder verlassen.